

Pressemitteilung

Einkommensminus 2023 verdeutlicht schwierige Lage bäuerlicher Familienbetriebe

Hohe Kosten, niedrigere Preise und überbordende Bürokratie gefährden Kulturlandschaftspflege und Biodiversitätserhalt

Was sich in der Vorausschätzung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung der Statistik Austria im April angekündigt hat, hat sich heute durch die Veröffentlichung der endgültigen Gesamtrechnung bestätigt: Die landwirtschaftlichen Einkommen sind 2023 stark gesunken, und zwar um 21,5 Prozent beim landwirtschaftlichen Faktoreinkommen pro Arbeitskraft im Vergleich zum außergewöhnlich guten Ergebnis von 2022. Gründe dafür sind hohe Produktionskosten, niedrigere Getreidepreise und weniger öffentliche Gelder.

„Dieses Einkommensminus verdeutlicht die schwierige Lage unserer bäuerlichen Familienbetriebe. Während die Kosten im Vorjahr weiterhin hoch waren, gingen die Erzeugerpreise wieder teils massiv nach unten. In anderen Berufsgruppen gab es heuer großzügige Inflationsanpassungen bei Gehältern und Löhnen, in der Land- und Forstwirtschaft nicht. Deshalb fordert die Landwirtschaftskammer OÖ eine dringende Inflationsanpassung der agrarischen EU-Direktzahlungen, denn auch bäuerliche Familien haben mit den steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen und müssen ihre Existenzen absichern“, betont LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger.

Entlastungspaket durch die Regierung

Zwar wurde die Land- und Forstwirtschaft jüngst durch ein weiteres Entlastungspaket der Bundesregierung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Die wirtschaftliche Situation für die bäuerlichen Betriebe bleibt aber weiter sehr herausfordernd. Dieses Paket kommt zusätzlich zu dem Ende des vergangenen Jahres beschlossenen bäuerlichen Impulsprogramm, bei dem mit einer Erhöhung der nationalen Mittel die Prämienbeträge im ÖPUL und bei der Bergbauern-Ausgleichszulage heuer um acht Prozent angehoben wurden. Das jüngste

Paket umfasst eine Agrardiesel- und CO₂-Rückvergütung, einen Bodenbewirtschaftungsbeitrag sowie Sondermittel für die Investitionsförderung.

Überbordende Bürokratie und Rechtsunsicherheit

„Dies sind wichtige Impulse für die Land- und Forstwirtschaft. Dennoch kämpfen die Bäuerinnen und Bauern mit weiteren massiven Problemen: Einerseits ist dies die Rechtsunsicherheit, die vor allem aus dem Beschluss der EU-Verordnung zur Wiederherstellung von Ökosystemen oder auch Renaturierungs-Verordnung resultiert, andererseits die überbordende Bürokratie, die sich beispielsweise aus der EU-Entwaldungsverordnung ergibt, die mit Jahresende umgesetzt werden muss. Um bei dieser Entwaldungsverordnung zu bleiben: Trotz strenger nationaler Forstgesetze, die bereits eine hohe Kontrolldichte und Legalität des Holzeinschlags garantieren, verlangt die Entwaldungsverordnung von allen Betrieben den Nachweis, dass Holz, Soja und Rinder auf entwaldungsfreien Flächen produziert wurden. Dies ist unseres Erachtens nach eine unnötige bürokratische Belastung, die keinen zusätzlichen Nutzen bringt und die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung bäuerlicher Familienbetriebe massiv hemmt“, betont Waldenberger.

Komplexe Regelwerke müssen umgesetzt werden

Die Kritik an der neuen EU-Verordnung zur Wiederherstellung von Ökosystemen richtet sich vor allem gegen die Einführung neuer, komplexer Regelwerke, die bestehende Vollzugsdefizite unberücksichtigt lassen und keine Verbesserungen bestehender Gesetze anstreben. „Das EU-Renaturierungsgesetz steht seit Beginn in der Kritik, da es nach Meinung vieler Experten inhaltlich mehr schadet als nützt. Die Bedenken richten sich vor allem gegen die enormen Mehrbelastungen für die Landwirte, den enormen bürokratischen Aufwand und die ungeklärte Finanzierung, die mit der Umsetzung des Gesetzes verbunden sind“, erläutert Waldenberger.

„Was wir Bäuerinnen und Bauern brauchen ist nicht mehr an Bürokratie, sondern höhere Einkommen, um die bäuerlichen Betriebe fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Die Landwirtschaft ist unverzichtbar und systemrelevant in der Produktion von agrarischen Rohstoffen und Lebensmitteln, die Forst- und Holzwirtschaft erzielt eine Bruttowertschöpfung von etwa elf Milliarden Euro und damit 3,2 Prozent der gesamten österreichischen Wirtschaftsleistung. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft und ihre Leistungen – auch im Bereich des Erhalts der Kulturlandschaft und der Biodiversität – müssen in entsprechender Weise anerkannt werden. Die Basis dafür sind faire Einkommen. Ohne einen wirtschaftlichen Erfolg unserer bäuerlichen Familienbetriebe können deren vielfältige Leistungen in der Kulturlandschaftspflege und im Biodiversitätserhalt für die Zukunft nicht mehr sichergestellt werden“, betont Präsident Waldenberger abschließend.



Bildtext: Die bäuerlichen Einkommen sinken vor allem aufgrund niedrigerer Getreidepreise. Zum Ausgleich fordert LK OÖ-Präsident Franz Waldenberger eine Inflationsanpassung bei agrarischen Direktzahlungen.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at